

Was passiert diese Woche in Straßburg und Brüssel?

Highlights von 22. bis 26. Oktober



Sehr geehrte Damen und Herren,

die Vorwürfe gegenüber Saudi-Arabien im **Fall Khashoggi** sind sehr schwerwiegend, das Europaparlament debattiert am Dienstagnachmittag darüber. Die sogenannten Eingeständnisse der dortigen Regierung werfen mehr Fragen auf, als sie zur Aufklärung beitragen. Wenn sich die Vorwürfe bewahrheiten, darf das nicht folgenlos bleiben. **Moral geht vor Geschäft.**

Das Europaparlament tagt diese Woche in Straßburg und hat eine Reihe wichtiger Entscheidungen zu treffen. Das sind die wichtigsten Termine nächste Woche:

- Debatte mit Rumäniens Präsident Iohannis über die **Zukunft Europas** (Dienstag)
- Abstimmung über **EU-Trinkwasserrichtlinie** (Dienstag)
- EU-Kommission legt **Arbeitsprogramm 2019** vor (Dienstag)
- Debatte über **Fall Khashoggi** (Dienstag, Abstimmung Donnerstag)
- Abstimmung über **EU-Haushalt 2019** (Mittwoch)
- Abstimmung Reform **Schengen-Informationssystem** (Mittwoch)
- Abstimmung Reduzierung **Einwegplastik** (Mittwoch)
- Abstimmung Ausweitung **EU-Maut auf Pkw** (Mittwoch/Donnerstag)
- Entscheidung über Verleihung des **Sacharow-Preises** (Donnerstag)
- Eventuell Abstimmung über **unfaire Handelspraktiken** im Lebensmittelhandel (Donnerstag)
- Abstimmung Resolution über **Masthuhnhaltung** (Donnerstag)
- Eventuell EuGH-Stellungnahme zu **EU-Kanada-Handelsabkommen** Ceta (Freitag)

Nähere Information zu einzelnen Themen finden Sie unten.

Folgen Sie uns!



Neueste Pressemitteilungen

17.10.2018 - 13:52

[ÖVP-Becker: "Mehr Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz"](#)

Reformieren zuständige EU-Agentur. Wird transparenter, demokratischer, fokussierter. Brüssel, 17. Oktober 2018 (ÖVP-PD) "Ob Baustellen für die Arbeiter ausreichend..."
17.10.2018 - 13:21

[Karas zu Brexit: "EU lässt sich von May nicht erpressen"](#)

Einigkeit ist das Gebot der Stunde. Notfallplan für Irland unerlässlich. Binnenmarkt schützen. Übergangsfrist verlängern. Brüssel, 17. Oktober 2018 (ÖVP-PD)...
15.10.2018 - 12:44

[ÖVP-Becker: "Volle EU-Datenvernetzung im Kampf gegen Terror"](#)

Enttarnung von Mehrfachidentitäten. Informationslücken schließen. Sozialdemokraten müssen Verantwortung übernehmen. Brüssel, 15. Oktober 2018 (ÖVP-PD) "Es..."
11.10.2018 - 09:35

[ÖVP-Becker: "Hochdruck für gemeinsamen EU-Außengrenzschutz"](#)

Gemeinsamer Außengrenzschutz ist Grundkonsens. Nationale Souveränität nicht in Gefahr. Basis für Lösung der Migrationskrise. Brüssel, 11. Oktober 2018 (ÖVP-PD...
[Mehr](#)



Wir wünschen Ihnen eine gute Woche.

Ihr Othmar Karas

Karas gegen Bio-Verbot im Lebensmittelhandel



Am Donnerstag stimmt das Europäische Parlament möglicherweise darüber ab, wie die Verhandlungen über das Verbot von unfairen Handelspraktiken der Supermarktketten gegenüber der Landwirtschaft weitergehen. "Wir wollen schwächere Marktteilnehmer vor der Übermacht der Großen schützen. Aber Einkaufsgenossenschaften und Biolebensmittel sollen weiterhin möglich sein. Das muss in den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten noch ausgebügelt werden", sagt der Europaabgeordnete Othmar Karas, der die ÖVP im Agrarausschuss des Europaparlaments vertritt. "Dafür ist freilich wichtig, dass wir das Paket nicht im Plenum aufschnüren und die Verhandlungen damit um ein, zwei Monate verzögern."

Othmar KARAS

BRU: +32 (0)2 2845627 - STR: +33 (0)3 88 175627

Twitter: [@othmar_karas](#)

Wolfgang Tucek, Tel: +32 484 121 431

EU-Parlament stimmt über EU-Budget 2019 ab



Am Mittwoch wird das Europaparlament in Straßburg seine Position zum EU-Budget 2019 festlegen. "Die Prioritäten im kommenden Jahr sind die Themen Jugend, Migration und Forschung", sagt der ÖVP-Europaabgeordnete Paul Rübzig. "Das soll unter anderem durch die Erhöhung der Mittel für das Austauschprogramm für junge Menschen, Erasmus+, und die „Beschäftigungsinitiative für junge Menschen“ betont werden. Eine Kürzung beim Nachfolgeprogramm der Forschungsförderung "Horizont 2020" und bei der Infrastrukturförderung "Connecting Europe Facility" wollen wir verhindern." Mehr Mittel solle es für innereuropäische Sicherheit und die Bewältigung der Migrationsbewegung geben. "Ein Fokus liegt auf der Hilfe für die unmittelbare Nachbarschaft der EU", sagt Rübzig.

Paul RÜBIG

BRU: +32 (0)2 2845749 - STR: +33 (0)3 88 175749

Twitter: [@paulruebig](#)

Daniel Köster, Tel: +32 487 384 784

"Müssen EU-Maut für Pkw verhindern"



Am Donnerstag soll beschlossen werden, dass das einheitliche europäische Mautsystem für Lkw auf Pkw ausgeweitet wird. Das wollen die EU-Kommission und der Verkehrsausschuss des EU-Parlament. Dabei würde die Abrechnung nach gefahrenen Kilometern vorgeschrieben, Staumauten und verpflichtende Umweltaufschläge wären vorgesehen. Die österreichische Vignette müsste abgeschafft werden. "Das verletzt das

Prinzip der Subsidiarität und stülpt eine unpraktikable Einheitslösung über Europa", sagt die Claudia Schmidt, Verkehrssprecherin der ÖVP im Europaparlament. "Wir müssen die Ausweitung der EU-Mautrichtlinie auf Pkw verhindern."

Claudia SCHMIDT

BRU: +32 (0)2 2845181 - STR: +33 (0)3 88 175181

Twitter: [@Schmidt Clau](#)

Wolfgang Tucek, Tel: +32 484 121 431

"Fortschritt für die Sicherheit der EU"



Am Mittwoch beschließt das Europaparlament eine umfassende Reform des Schengener Informationssystems (SIS). Dazu sagt Heinz K. Becker, ÖVP-Sicherheitssprecher im Europaparlament: "Endlich kann das SIS bei Grenzkontrollen und auch im Bereich Rückführungen effizienter genutzt werden: Verpflichtende Meldungen bei Terrorhinweisen, der verstärkte Einsatz biometrischer Daten und der Zugang für die EU-Außengrenzschutzagentur Frontex helfen dabei. Die ersten Änderungen könnten noch heuer in Kraft treten. Die Reform bringt enorm wichtige Fortschritte für die Sicherheit aller Bürger der EU."

Heinz K. BECKER

BRU: +32 (0)2 2845288 - STR: +33 (0)3 88 175288

Wolfgang Tucek, Tel: +32 484 121 431

EU will Trinkwasserqualität neu regeln



Am Dienstag stimmt das Europaparlament über eine neue EU-Trinkwasserrichtlinie ab. Einerseits soll sichergestellt werden, dass jene 0,4 Prozent der Unionsbürgerinnen und -bürger, die noch keinen Zugang zu sauberem Wasser haben, diesen Zugang bekommen. Andererseits sind zahlreiche neue Regeln auch für funktionierende Wasserversorgungs-Systeme geplant. Der zuständige Europaabgeordnete Lukas Mandl sagt: "Ich verhandle bis zur letzten Minute. Zentralistische Regulierung, die für die Haushalte das Wasser verteuert oder gar den Weg zur Privatisierung ebnet, brauchen wir in Österreich jedenfalls nicht. Das Ziel sauberen Wassers in weniger gut entwickelten Teilen Europas teile ich selbstverständlich."

Lukas MANDL

BRU: +32 (0)2 2845211 - STR: +33 (0)3 88 175211

Twitter: [@lukasmandl](#)

Daniel Köster, Tel: +32 487 384 784

Sie erhalten diese Nachricht, weil Sie Inhalte der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament abonniert haben.

Wenn Sie die Art der Newsletter, die Sie erhalten, ändern möchten: [Einstellungen ändern](#). Wenn Sie keine unserer Newsletter mehr erhalten möchten: [Alles abbestellen](#). ([Datenschutz](#))

Für allgemeine Anfragen wenden Sie sich bitte an eppgroup@ep.europa.eu.